

Wiesbadener Rathausfraktionen äußern sich zur Petition „Wiesbaden: Grund zum Leben! Luft – Wasser – Nahrung – Wohnen“

Ende Mai hatte die Initiatorin der Petition „Wiesbaden: Grund zum Leben! Luft – Wasser – Nahrung – Wohnen“ alle Wiesbadener Rathausfraktionen um ihre Stellungnahme zu den Forderungen und Lösungsvorschlägen dieser Petition und eine zeitnahe Rückmeldung hierzu innerhalb des Monats Juni gebeten.

Die klare Frage lautete:

„Unterstützen Sie bzw. Ihre Fraktion die Anliegen dieser Petition?“

Rückmeldungen gab es nur von Die Linke, CDU und Bündnis 90/Die Grünen.

Die knappe aber umso eindeutiger Antwort der Stadtfraktion Die Linke lautete, dass sie die Petition unterstütze und „alle Mitglieder der Fraktion sowie unser ehrenamtliches Magistratsmitglied“ diese auch unterschrieben hätten.

Keine eindeutige Positionierung, ob sie die Petition unterstütze, gab es von der CDU-Stadtfraktion, die aber zumindest dem Kernanliegen zustimmte: „Zweifellos sind kühle und saubere Luft, ausreichend Trinkwasser, regionale Nahrung und bezahlbares Wohnen alles wünschenswerte Ziele.“ Die Rathausfraktion erläuterte ihren Standpunkt in einer sehr ausführlichen Stellungnahme (im Anhang komplett nachzulesen).

Gegen Überhitzung in den Innenstädten helfe nach Auffassung der CDU insbesondere der Verzicht auf Nachverdichtung. Wo möglich sollten Frischluftschneisen neu geschaffen werden. Auch Hauptluftströme (hier nannte die Fraktion beispielhaft das Salzbachtal) sollten erhalten bleiben.

Zur Forderung nach einer Versorgung über möglichst lokale Trinkwassergewinnung, bemerkte die CDU kritisch, eine Stadt wie Wiesbaden könne nicht allein aus regionalen Wasserquellen (Rhein und Taunus) versorgt werden. Dieser Antwort lässt sich entnehmen, dass die Petition in Bezug auf ihre Forderung nach „möglichst lokaler Trinkwassergewinnung“ offensichtlich falsch verstanden wurde: Denn die Petition fordert überhaupt keine überwiegende, ausschließliche oder hundertprozentige lokale Trinkwasserversorgung. Die Petition fordert die Möglichkeiten der lokalen Trinkwasserversorgung nicht weiter zu schmälern („möglichst lokale Trinkwassergewinnung“). Dies würde aber durch eine Versiegelung von wasserspeichernden (Acker-)Böden geschehen.

Den Erhalt von Anbauflächen unterstütze die CDU grundsätzlich: „Die Abwägung gegenüber dem Bedarf an Wohn- und Gewerbefläche erfolgt im Einzelfall.“

Schließlich stimmt die CDU der Forderung, günstigen Wohnraum aus dem Bestand zu schaffen, als gutem Ansatz zu. Dies sei „aber im Einzelfall eben nicht so einfach“.

Die Rückmeldung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befasst sich inhaltlich hingegen wenig konkret mit den einzelnen Forderungen der Petition. Hierzu heißt es lediglich: „Wir Grünen stehen zum langfristigen Ziel Netto-Null bei der Neuversiegelung von Flächen, zum Erhalt von Kaltluftentstehungsgebieten und Frischluftschneisen sowie zur Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum (hierbei geht Innen- vor Außenentwicklung).“ Im Folgenden verweist die Fraktion auf den Baulandbeschluss, den die Kooperationsfraktionen Wiesbadens gemeinsam beschlossen haben: (PiWi-Link: <https://piwi.wiesbaden.de/antrag/detail/3115269>). Die komplette Antwort der Grünen-Stadtfraktionen finden Sie im Anhang. Eine konkrete Antwort, ob die Fraktion die Petition unterstützt, ergibt sich daraus nicht.

Zum Hintergrund:

Die Stadt Wiesbaden erstellt aktuell einen neuen Flächennutzungsplan, über den Sie in einigen Monaten entscheiden müssen. Dabei wird seit langem darauf hingewiesen, dass dieser neue Flächennutzungsplan vor allem einem prognostizierten Wachstum Wiesbadens gerecht werden soll, um zukunftsorientiert zu sein. Gleichzeitig sprechen Vertreter*innen der Stadt aber auch immer wieder die unbestrittenen Herausforderungen an, die infolge der Klimakrise auch auf Wiesbaden zukommen. Das sind vor allem Extremwetterereignisse wie Hitze, Dürren oder Starkregen, die Artenvielfalt, Gesundheit und Ressourcen unmittelbar bedrohen.

Die Petition „Wiesbaden: Grund zum Leben! Luft – Wasser – Nahrung – Wohnen“ spricht genau diese Punkte an, will sie in Einklang bringen und definiert folgende Schlüsselbedürfnisse für alle Menschen in Wiesbaden, denen der neue Flächennutzungsplan Rechnung tragen muss:

kühle und saubere Luft
ausreichend Trinkwasser
regionale Nahrung
bezahlbares Wohnen

Den kompletten Text finden Sie hier im Anhang beigefügt oder unter <http://www.openpetition.de!/wiesbaden2040>

Anlagen:

Antwort Die Linke:

vielen Dank für ihre Nachricht.

DIE LINKE. Stadtfraktion unterstützt ihre Petition.
Alle Mitglieder der Fraktion, sowie unser ehrenamtliches Magistratsmitglied haben diese auch unterschrieben.

Mit solidarischen Grüßen
Ingo von Seemen

Fraktionsgeschäftsführer

DIE LINKE

Antwort CDU:

Antwort CDU zur Frage, ob die Rathausfraktion die Petition „Wiesbaden: Grund zum Leben! Luft – Wasser – Nahrung – Wohnen“ unterstützt.

Im Auftrag unserer umweltpolitischen Fachsprecherin Nicole Röck-Knüttel, gehe ich gerne auf die Forderungen und Lösungsvorschläge dieser Petition ein, mit denen wir uns ausführlich beschäftigt haben. Zweifellos sind kühle und saubere Luft, ausreichend Trinkwasser, regionale Nahrung und bezahlbares Wohnen alles wünschenswerte Ziele.

Zu den einzelnen Forderungen:

Forderung 1:

Gegen Überhitzung in den Innenstädten hilft unserer Auffassung nach insbesondere der Verzicht auf Nachverdichtung. Wo möglich sollten Frischluftschneisen neu geschaffen werden, in jedem Fall aber die Hauptluftströme (z.B. Salzachtal) erhalten bleiben. Entsiegelung von Innenhöfen, Plätzen und anderen problematischen Flächen unterstützen wir ebenso wie Begrünungsmaßnahmen in den Innenstädten.

Forderung 2:

Die Trinkwassergewinnung aus dem Ried (auch das ist unseres Wissens nach ausgeleitetes Rheinfltrat) ist sicherlich ein Problem für die dortige Landwirtschaft. Eine Stadt wie Wiesbaden kann aber nicht allein aus regionalen Wasserquellen (Rhein und Taunus) versorgt werden. Würde man alles Wasser aus der direkten Umgebung der Städte selbst beziehen, wäre das ein starker Eingriff in die Umwelt zulasten der hiesigen Flora und Fauna. Die geforderte Stärkung lokaler Landwirtschaft würde ein Stück weit konterkariert, wenn wir unser eigenes Grundwasser abgraben.

Forderung 3:

Die landwirtschaftlichen Flächen können die regionale Versorgung für Wiesbaden auch kaum alleine bewältigen. Schon gar nicht, wenn man immer mehr Flächenanteile für Umweltmaßnahmen (Blühstreifen etc.) von der Nutzfläche abzwackt und zusätzliche Auflagen für den Anbau macht (z.B. Behinderung wirtschaftlichen Obstbaus, Verbot von Düngereinsatz). Der Erhalt von Anbauflächen wird von uns grundsätzlich unterstützt. Die Abwägung gegenüber dem Bedarf an Wohn- und Gewerbefläche erfolgt im Einzelfall.

Forderung 4:

Günstigen Wohnraum aus dem Bestand zu schaffen, ist ein guter Ansatz, aber im Einzelfall eben nicht so einfach. Die meisten Gebäude sind nicht in städtischem Besitz. Leerstehender Büroraum kann auch nicht immer umgewidmet und umgebaut werden, zumal der benannte Trend zum Homeoffice derzeit wieder rückläufig ist und nicht zu größeren Leerständen führen dürfte. Eine Umwandlung nach wünschenswerten energetischen Standards ist in der Regel so aufwändig, dass Abriss und Neubau günstiger ist. Wie man aber z.B. in Frankfurt sieht, kann das dennoch gelingen und ist unterstützenswert. In einigen leerstehenden Gewerbeimmobilien sind außerdem häufig Flüchtlinge untergebracht, auch diese Menschen darf man bei der Bedarfsplanung nicht vergessen. Das Aufstocken von Gebäuden ist nur

Antwort Bündnis 90/Die Grünen



Schloßplatz 6
65183 Wiesbaden

Fraktionsvorsitzende Gesine Bonnet
Telefon (0611) 30 52 43
Telefax (0611) 31 59 15
gruene.stadtverordnetenfraktion@wiesbaden.de
www.gruene-fraktion-wiesbaden.de

Wiesbaden, 23. Juni 2023

Ihre Petition „Wiesbaden: Grund zum Leben! Luft – Wasser – Nahrung – Wohnen“

Sehr geehrte Frau Wink,

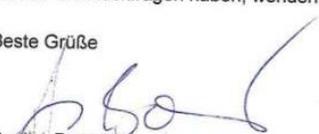
besten Dank für Ihre Nachricht zu der Petition „Wiesbaden: Grund zum Leben! Luft – Wasser – Nahrung – Wohnen“. Wie Sie wissen, wird der Flächennutzungsplan derzeit überarbeitet. Das geschieht in einem aufwendigen und längst nicht abgeschlossenen Prozess. Bürgerbeteiligung spielt hierbei eine wichtige Rolle. Wir begrüßen es, wenn Sie sich in diesen Prozess mit Ihren Anliegen einbringen.

Wesentlich für uns GRÜNE ist, dass es auf dem Weg zu einem neuen Flächennutzungsplan gelingt, die unterschiedlichen Zielsetzungen einer nachhaltigen Stadtentwicklung im Sinne der Leitlinien Neuen Leipzig Charta zu integrieren und eine gute Abwägungsgrundlage für Verwaltung und Politik zu schaffen. Dafür sind eine ganze Reihe von Studien in Erarbeitung, unter anderem ein stadtweites Klimagutachten.

Wir GRÜNEN stehen zum langfristigen Ziel Netto-Null bei der Neuversiegelung von Flächen, zum Erhalt von Kaltluftentstehungsgebieten und Frischluftschneisen sowie zur Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum (hierbei geht Innen- vor Außenentwicklung). Zugleich erachten wir eine zukunftstaugliche, umweltfreundliche Verkehrsplanung als Grundprinzip jeder städtischen Entwicklung. Im Mai haben wir daher die Verwaltung gemeinsam mit unseren Kooperationspartner*innen beauftragt, einen Baulandbeschluss zu entwickeln, der genau diese Punkte aufgreift (PiWi-Link: <https://piwi.wiesbaden.de/antrag/detail/3115269>).

Sollten Sie Rückfragen haben, wenden Sie sich gerne an uns.

Beste Grüße


Gesine Bonnet
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN im Rathaus Wiesbaden